

Hermann Witte

Hochschule Osnabrück Campus Lingen
Institut für Management und Technik
e-mail: h.witte@hs-osnabrueck.de
phone: +49 591 800 98 222

Die Vollgeld-Idee

Zusammenfassung. Die Voll-Geld-Idee wird als notwendige Maßnahme diskutiert, um dem eigentlichen Geldsystem mehr Sicherheit zu geben. Vor allem in der Schweiz gibt es eine intensive Diskussion. Ein Referendum im Jahr 2018 ist geplant, um eine politische Grundlage für die Realisierung von Vollgeld zu finden. Die Full-Money-Idee wird auch Full-Reserve-System genannt, weil Kreditinstitute hundert Prozent ihrer Kredite als Reserve-Geld von der Zentralbank halten müssen. Diese Idee gibt nur einem von vier Teilen des Geldsystems mehr Sicherheit. Die Geldmenge soll mehr direkt variieren und weniger durch Zinsschwankungen als im eigentlichen Geldsystem. Es ist seit Friedman bekannt, dass die direkte Veränderung der Geldmenge erfolgreicher ist, um eine Wirtschaft zu kontrollieren. Die Full-Money-Idee basiert nicht auf einer neuen Geldtheorie und bietet nur mehr Anreize, um eines der Ziele des Geldsystems (Geldpolitik) zu erreichen.

Schlüsselwörter: Vollgeld, Geld- und Währungstheorie, Geld- und Währungspolitik, Geldmengensteuerung, Geldwertstabilität, Geldsystem

1. Einleitung

Krisen werfen immer wieder die Frage nach einem neuen Geldsystem bzw. einer neuen Geldordnung auf. Es gilt Schwächen des aktuellen Geldsystems zu identifizieren und Mechanismen zur Verhinderung erneuter Krisen zu entwickeln. Die Literaturanalyse belegt die Existenz einer Vielzahl von Diskussionsbeiträgen. Im Vordergrund der Diskussion steht die Schaffung einer anderen Art von Geld.

Es wird u.a. neutrales Geld, Vollgeld, souveränes Geld und Freigeld vorgeschlagen. In diesem Rahmen soll vor allem der Vorschlag Vollgeld zu schaffen, erörtert werden.

Voraussetzungen für die Erörterung sind ein Begriffssystem und ein Zielsystem, damit die Erörterung festgelegte Bezugspunkte hat und nicht im undefinierten Raum „verendet“.

Im Bereich des Begriffssystems sollen drei grundlegende Begriffe festgelegt werden. Das sind die Begriffe Geldordnung, Geldsystem und Geld. Analog dem Begriff Wirtschaftsordnung ist eine Geldordnung eine theoretische Vorstellung, die nicht in die Realität umgesetzt wurde. Analog zum Begriff Wirtschaftssystem ist ein Geldsystem in der Realität verwirklicht. Es hat also eindeutigen Praxisbezug. Geld ist ein Gut, das geschaffen wurde, um die Transaktion anderer Güter am Markt zu erleichtern. Geld soll drei Funktionen erfüllen. Es sollte nach geltender Auffassung Recheneinheit, Zahlungsmittel und Wertaufbewahrungsmittel sein. Auf der Suche nach einer Krisenverhinderung ist also ein alternatives Geldsystem zu finden, indem Geld bestimmte Funktionen erfüllt. Ob alle drei genannten Funktionen auch weiterhin zu berücksichtigen sind, wird die Diskussion zeigen müssen.

Im Bereich Zielsystem sind zumindest die folgenden drei Ziele zu berücksichtigen: (1) Versorgung der Märkte mit der notwendigen Geldmenge, um alle gewünschten Transaktionen (Käufe und Verkäufe von Gütern) abwickeln zu können (Funktionsfähigkeit der Märkte, Effektivität der Geldpolitik), (2) Steuerung der Wirtschaft ohne Inflation und Deflation (Krisen), damit der Wert des Geldes erhalten bleibt (Geldwertstabilität) und (3) Effizienz des Geldsystems, so dass die angestrebten Ziele mit minimalen Kosten erreicht werden (Effizienz des Systems).

Auf der Basis dieser Abgrenzungen soll die Vollgeld-Idee auf die Fähigkeit der Krisenverhinderung unter Erfüllung der genannten Ziele überprüft werden. Soweit es angebracht erscheint, ist auch auf andere alternative Krisenverhinderungsvorschläge einzugehen. Ausgangspunkt der Diskussion ist das aktuelle Geldsystem, die Identifizierung von Schwachpunkten und das Aufzeigen von Verbesserungsvorschlägen. Dabei stehen die Verbesserungsvorschläge der Vollgeld-Idee im Vordergrund.

Unter Vollgeld wird Geld verstanden, dass nicht von den Kreditinstituten, sondern nur vom Staat bzw. einer staatlichen Institution (Zentralbank) geschöpft wird. Den Kreditinstituten wird die Möglichkeit genommen, Buchgeld zu schöpfen. Zudem dürfen die Kreditinstitute nicht mehr über die Sichtguthaben ihrer Kunden verfügen. Die Sichtguthaben müssen durch Bargeld bei den Kreditinstituten oder als Zentralbankgeld bei der Zentralbank gedeckt sein. Die Kreditinstitute dürfen das Eigentum der Kunden (die Sichtguthaben und das Zentralbankgeld) nicht in ihre Bilanz aufnehmen.

2. Struktur des aktuellen Geldsystems

Das in Abb. 1 dargestellte Geldsystem kann in vier Teilbereiche (-kreisläufe) eingeteilt werden. Alle vier Teilbereiche sind auf ihre Funktionsfähigkeit hinsichtlich der Realisierung der drei (s.o.) gesetzten Ziele zu überprüfen, um eventuelle Schwachpunkte aufzuzeigen.

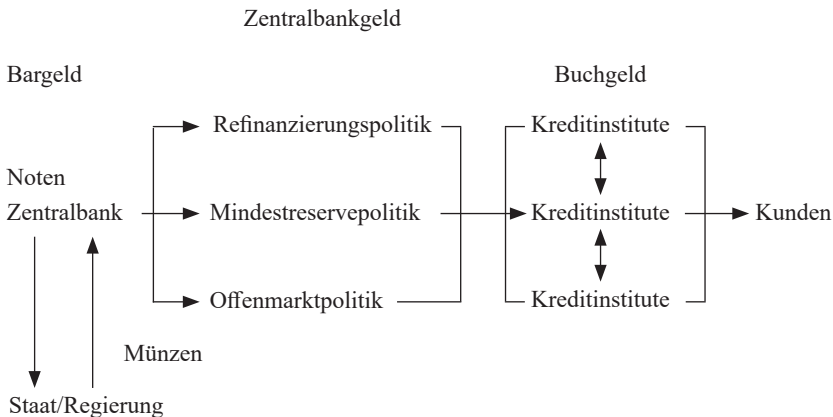


Abb. 1. Struktur des aktuellen Geldsystems (ohne Außenwirtschaftsbeziehungen)

Quelle: eigene Darstellung.

Den ersten Teilbereich des Geldsystems stellt die Beziehung zwischen dem Staat bzw. der Regierung und der Zentralbank (Notenbank) dar (vgl. Abb. 1). Der Staat lässt den Teil des Geldes prägen, der als Münzen bezeichnet wird. Der Staat bringt die Münzen nicht selbst in Umlauf, sondern verkauft sie für den Nennbetrag an die Zentralbank.¹ Die Zentralbank lässt den zweiten Teil des Geldes drucken, die Scheine bzw. Noten (Banknoten).² Münzen und Noten zusammen bilden das Bargeld. Das Bargeld wird in diesem Stadium auch Zentralbankgeld (Basisgeld, Geldbasis) genannt. Es wird von der Zentralbank in Umlauf gebracht. Die Zentralbank, die in ihrer Politik unabhängig von der Regierung ist, aber die Politik der Regierung zu beachten hat, kauft nicht nur die Münzen von der Regierung, sondern überweist der Regierung (dem Staat) den Rest ihres Gewinns, der nicht für die gesetzliche Rücklage verwendet wird.³

¹ Vgl. Münzgesetz (MünzG) vom 16. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2402), § 1 und 7.

² Vgl. Gesetz über die Deutsche Bundesbank (BbankG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1782), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2959) geändert worden ist, § 14.

³ Vgl. Gesetz über die Deutsche Bundesbank... § 27.

Den zweiten Teilbereich des Geldsystems bilden die Beziehungen zwischen der Zentralbank und den Kreditinstituten. Die Kreditinstitute benötigen Geld, um Kredite an ihre Kunden vergeben zu können. Dieses Geld besorgen sich die Kreditinstitute bei der Zentralbank. Es handelt sich dabei um Zentralbankgeld in Form vom Bargeld, das sich aus Noten und Münzen zusammensetzt. Der Vorgang der Geldbeschaffung der Kreditinstitute bei der Zentralbank wird auch als Geldschöpfung von Zentralbankgeld (Bargeldschöpfung) bezeichnet.

Um die Beziehungen zu den Kreditinstituten zu regeln, stehen der Zentralbank die drei Instrumente Refinanzierungspolitik, Mindestreservpolitik und Offenmarktpolitik zur Verfügung.⁴ Mit diesen Instrumenten muss die Zentralbank die Ziele der Geldpolitik (s.o.) verwirklichen.

Die Kreditinstitute müssen sich für die Vergabe von Geldkrediten (nicht für Avalkredite wie Bürgschaften) refinanzieren, da Buchgeld und (seltener) Bargeld abfließt. Für die Refinanzierung gibt es für die Kreditinstitute verschiedene Möglichkeiten. In diesem Rahmen wird nur der zweite Teilbereich des Geldsystems betrachtet, so dass lediglich die Refinanzierung bei der Zentralbank zu behandeln ist. Für die Steuerung der Refinanzierung der Kreditinstitute bei der Zentralbank betreibt die Zentralbank eine Refinanzierungspolitik. Für die für die Kreditinstitute zur Refinanzierung zur Verfügung gestellten Kredite verlangt die Zentralbank Zinsen. Diese Zinsen variiert die Zentralbank in Abhängigkeit der Wirtschaftslage. Die Senkung der Zinsen führt zu einer erhöhten Refinanzierung der Kreditinstitute, die dann wiederum mehr Kredite zu niedrigeren Zinsen an die Kunden vergeben können. Die Zentralbank unterstellt, dass so – über ihren indirekten Einfluss - die Wirtschaft angekurbelt wird. Entsprechend soll eine Erhöhung der Zinsen für die Refinanzierung die Wirtschaft bei überhitzter Konjunktur abbremsen.

Die Mindestreservpolitik ist das zweite Instrument der Zentralbank zur Steuerung des Kreditvergabebehavior der Kreditinstitute und damit der Wirtschaft. Die Kreditinstitute sind per Gesetz angehalten für bestimmte Zahlungsverpflichtungen (Verbindlichkeiten, Einlagen), die sie eingegangen sind, bei der Zentralbank einen bestimmten Prozentsatz (Mindestreservesatz) als Mindestreserve zu halten. Die Mindestreserve kann verzinst (EZB) oder nicht verzinst (früher Deutsche Bundesbank) werden. Ziel der Mindestreserve ist es, die Zahlungsfähigkeit der Kreditinstitute zu sichern. Die Mindestreservpolitik der Zentralbank hat zwei Wirkungen. Eine Erhöhung des Mindestreservesatzes schränkt die Möglichkeit der Kreditinstitute ein, Kredite zu vergeben und damit Buchgeld zu schöpfen. Die Zentralbankgeld- und die Geldmenge werden vermindert, so dass die Zinsen- und das Preisniveau steigen. Eine Senkung des Mindestreservesatzes hat

⁴ Das vierte geldpolitische Instrument einer Zentralbank, die Devisenpolitik, wird in diesem Rahem nicht betrachtet.

die umgekehrten Wirkungen. Es kann somit die Preisniveaustabilität beeinflusst werden.

Als drittes Instrument steht einer Zentralbank die Offenmarktpolitik zur Verfügung. Die Zentralbank kauft Wertpapiere von den Kreditinstituten gegen Zentralbankgeld bei variablem Zinssatz. Das Zentralbankgeld können die Kreditinstitute für ihre bei der Zentralbank zu haltenden Mindestreserven nutzen. Die Kreditinstitute haben somit mehr Zentralbankgeld und können mehr Kredite an die Kunden vergeben. Umgekehrt kann die Zentralbank auch Wertpapiere an die Kreditinstitute verkaufen. Dadurch vermindert sie die Zentralbankgeldmenge und die Möglichkeit der Kreditinstitute Kredite an die Kunden zu vergeben.

Die Offenmarktpolitik ist ein wichtiges Instrument der Refinanzierung, das durch unterschiedliche Fristigkeiten der Offenmarktgeschäfte zur Grobsteuerung und Feinsteuerung der Geldmenge geeignet ist. Die Offenmarktpolitik ist aber auch ein Instrument zur Beeinflussung der Zinssätze, da die Zinssätze zu denen die Zentralbank Wertpapiere kauft und verkauft sehr starken Einfluss auf die Zinssätze der Kreditinstitute bei Geschäften mit den Kunden und anderen Kreditinstituten haben.

Der dritte Teilbereich des Geldsystems umfasst die Beziehungen zwischen den Kreditinstituten und den Kunden. Die Kunden können bei den Kreditinstituten einerseits Geld einzahlen (Einlagen) und andererseits Geld ausleihen (Kredite). Für Einlagen zahlen die Kreditinstitute Zinsen an die Kunden (Habenzinsen). Für Kredite verlangen die Kreditinstitute von den Kunden Zinsen (Sollzinsen). Die Habenzinsen sind niedriger als die Sollzinsen, so dass die Kreditinstitute einen Gewinn erzielen können.

Um Kredit bei den Kreditinstituten zu bekommen, müssen die Kunden Sicherheiten bieten. Sie müssen über Vermögenswerte (Grund- und Boden, Immobilien, Forderungen gegen andere Kunden und/oder Kreditinstitute) verfügen, die als Sicherheit akzeptiert werden. Mit dem per Kredit erhaltenen Geld (Bargeld oder Buchgeld) können die Kunden gegen sie bestehende Forderungen bezahlen.

Im vierten Teilbereich des Geldsystems sind die Beziehungen zwischen den Kreditinstituten zu betrachten. Die Kreditinstitute geben sich bei Bedarf gegenseitig Kredite.

3. Schwachpunkte des aktuellen Geldsystems

Der erste Teil des Geldsystems weist einen Schwachpunkt auf. Die Regierung kann beliebig viele Münzen prägen und die Zentralbank beliebig viele Noten drucken lassen. Daraus ergibt sich, dass im Zweifelsfall die Geldmenge beliebig ausgedehnt und nicht begrenzt werden kann. Für eine Krisenverhinderung ist dieser Tatbestand nicht hilfreich.

Die Schwachpunkte im zweiten Teilbereich des Geldsystems liegen in der Steuerung der Wirtschaft über die Aktivitäten der Kreditinstitute durch die Zentralbank und im Insolvenzrisiko der Kreditinstitute. Die Zentralbank soll gemäß der monetaristischen Geldtheorie die Aktivitäten der Kunden über die Kreditinstitute durch Veränderungen der Geldmenge steuern. Der Grund dafür ist die von Friedman und Schwartz [1963: 676-700; Friedman 1965: insbes. 189-209, 189-203; Friedman 1961: 447-466] empirisch ermittelte lange Reaktionszeit der von Keynes [2009: 46, 55, 65, 77 ff., 140 ff] befürworteten Zinssteuerung. Die Zinssteuerung kann aufgrund der Zeitverzögerung (time-lags) der gewünschten Reaktion pro- statt antizyklisch wirken. Die Wirtschaft wird somit in die falsche (nicht erwünschte) Richtung gesteuert. Dadurch, dass mittlerweile die zinsbasierte Offenmarktpolitik zum Hauptinstrument der Europäischen Zentralbank (EZB) und damit zum wichtigsten geldpolitischen Instrument im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) wurde, wird die Wirtschaft zu einem großen Teil über die Zinsen gesteuert. Diese Tatsache ist nicht unbedingt mit den Erkenntnissen von Friedman und Schwartz vereinbar. Mit anderen Worten, die aktuelle Geldpolitik kann bei der Steuerung der Wirtschaft nicht so erfolgreich sein, wie es die monetaristische Theorie anstrebt.

Ein schwerwiegender Kritikpunkt im zweiten Teilbereich des aktuellen Geldsystems ist zudem das Insolvenzrisiko der Kreditinstitute. Wenn viele Kunden ihre Kredite nicht zurückzahlen können und insolvent werden, besteht auch die Gefahr, dass Kreditinstitute selbst in Insolvenz gehen. Ist die Zahl der insolventen Kreditinstitute zu groß, so droht ein Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft.

Schwachpunkt im dritten Teilbereich des Geldsystems sind die Sicherheiten. Sie können ihren Wert ganz oder teilweise verlieren, so dass der Kunde den Kredit (einschließlich vereinbarter Zinsen) an das Kreditinstitut nicht oder nur teilweise zurückzahlen kann. Es liegt ein Kreditausfall vor. Wenn die Kreditinstitute das Kreditausfallrisiko falsch eingeschätzt haben und zu viele Kredite ausfallen, droht den Kreditinstituten genau wie den Kunden die Insolvenz.

Die Befürworter der Vollgeld-Idee sehen weitere Kritikpunkte hinsichtlich der Möglichkeit der Kreditinstitute Buchgeld zu schöpfen. Die durch Gesetz bestimmten Institutionen, um Geld zu schöpfen, sind der Staat bzw. die Regierung sowie die Zentralbank. Durch die Schöpfung von Buchgeld durch die Kreditinstitute wird die ausschließliche Geldschöpfung der staatlichen Institutionen durchbrochen und zum Teil in private Hände gegeben. Damit erschwert sich die Geldmengensteuerung der Zentralbank. Sie wird komplizierter, aber nicht unmöglich. Vermutlich wird sie aber ungenauer. Die Befürworter der privaten Geldschöpfung argumentieren gegen eine staatliche Geldschöpfung, da sie in einer auf Privateigentum ausgelegten Marktwirtschaft einen zu großen Einfluss des Staates auf die Wirtschaft kritisieren. Damit ergibt sich die Frage, wer soll die Wirtschaft steuern. Im aktuellen Geldsystem, das auf der Theorie „mainstream economics“

basiert, kommt die Steuerung der Wirtschaft der Zentralbank über die Geldmenge unterstützt durch die Zinspolitik zu. Durch die Buchgeldschöpfung der Kreditinstitute wird diese Steuerung zu einem nicht unerheblichen Teil von der Zentralbank zu den Kreditinstituten verlagert. Dies gilt vor allem, da der Anteil des Buchgeldes an der gesamten Geldmenge M_3 deutlich größer ist als der Bargeldanteil (ca. 90 Prozent Buchgeld und 10 Prozent Bargeld) [Witte 2015: 157].

Die Vollgeld-Verfechter sehen zudem durch die Beschränkung der Geldschöpfung auf die Zentralbank, die Möglichkeiten die Gewinnmaximierung der Kreditinstitute zu begrenzen und die Gewinne zur Zentralbank zu verlagern. Damit kommen ihrer Meinung nach die Gewinne dem Bürger zu Gute. Die Zentralbank muss einen Teil ihrer Gewinne an die Regierung abführen. Die Regierung kann damit u.a. Sozialpolitik oder Schuldenabbau betreiben. Es gibt nur kein Gesetz das sie dazu verpflichtet. Die Regierung kann auch Investitionen in die Infrastruktur vornehmen etc.

Der von den Befürwortern der Vollgeld-Idee gemachte Vorwurf, dass im aktuellen Geldsystem die Kreditinstitute Werte in ihre Bilanzen aufnehmen, die nicht in ihrem Eigentum stehen, sondern sich nur in ihrem Besitz befinden, ist nicht zu entkräften. Diesbezüglich bedarf es einer Neuregelung in den Bilanzrichtlinien. Vollgeld ist dazu nicht unbedingt notwendig.

Der Schwachpunkt im vierten Teilbereich des Geldsystems ist die Insolvenz eines Kreditinstituts. Es kann seine bei anderen Kreditinstituten aufgenommenen Kredite nicht mehr bedienen. Es kommt bei einer Häufung solcher Fälle zu einem Domino-Effekt. Auch andere Kreditinstitute gehen in Insolvenz. Das gesamte Geldsystem ist dadurch in Gefahr und kann seine Funktionsfähigkeit verlieren. Damit ist aber auch das gesamte Wirtschaftssystem in Gefahr und kann zusammenbrechen.

4. Eine mögliche Veränderung des aktuellen Geldsystems

Die Vertreter der Vollgeld-Idee wollen das aktuelle Geldsystem verändern, um einige der aufgezeigten Schwachpunkte zu beheben. Zentraler Punkt der Vollgeld-Idee ist die Vermeidung des Insolvenzrisikos der Kreditinstitute. Die Kreditinstitute sollen dazu die vergebenen Kredite durch eine hundertprozentige Hinterlegung der Kreditsumme bei der Zentralbank absichern. Man spricht daher nicht nur von der Vollgeld-Idee, sondern auch vom Voll-Reservesystem.

Die hundertprozentige Hinterlegungspflicht der Kreditinstitute für vergebene Kredite hat verschiedene Wirkungen. Zunächst wird das Interesse der Kreditinstitute zur Vergabe von Krediten gesenkt. Die Auswirkung ist eine Begrenzung bzw. Reduzierung der Buchgeldschöpfung durch die Kreditinstitute. Zudem wird eine Verlagerung der Gewinne aus der Kreditvergabe von den Kreditinstituten zur

Zentralbank bewirkt. Den Kreditinstituten wird das Hauptinstrument zur Gewinnerzielung genommen. Ferner wird der Abbau des Insolvenzrisikos der Kreditinstitute erreicht. Die hundertprozentige Hinterlegung von vergebenen Krediten bedeutet die Schaffung von hundert Prozent Eigenkapital.

Mit der hundertprozentigen Hinterlegungspflicht der Kreditinstitute für die vergebenen Kredite würde zudem in der aktuellen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank eine Schwerpunktverlagerung vom geldpolitischen Instrument Offenmarktpolitik zum Instrument „Mindestreservpolitik“ erfolgen. Damit bekäme auch die Geldmengensteuerung gegenüber der Zinssteuerung wieder mehr Gewicht. Zum Ziel der Geldwertstabilität würde wieder mehr Zielbeitrag geleistet als es die aktuelle Mischung von Geldmengen- und Zinssteuerung kann.

Die Reduzierung der Buchgeldschöpfung durch die Kreditinstitute halten die Vertreter der Vollgeld-Idee für notwendig, da im aktuellen Geldsystem die Buchgeldmenge deutlich größer ist als die Bargeldmenge.⁵ Eine Geldmengenregel, die ein bestimmtes Verhältnis von Buch- zu Bargeld festlegt, wird hingegen nicht gefordert. Sie wäre aber sicherlich noch aufzustellen und zu begründen.

Die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten von der Privatwirtschaft zum Staat (bzw. zu einer staatlichen Institution) findet sicherlich bei den Bürgern Anklang, die den Staat in der Handlungspflicht sehen. Anders ist es bei den Bürgern, die den Gedanken einer Marktwirtschaft mit Privateigentum und Privatinitiative vertreten.

Auch die Gewinnverlagerung von den Kreditinstituten zur Zentralbank wird nicht alle Bevölkerungsschichten überzeugen. Die Bürger, die den Staat in der Verantwortung sehen, befürworten sicherlich eine Steigerung der Einkünfte des Staates sowie einen Abbau der bestehenden Staatsverschuldung. Die Kritik des Gewinnmaximierungsprinzips muss damit nicht zwangsläufig verbunden sein.

5. Die Durchsetzbarkeit der vorgeschlagenen Veränderung des aktuellen Geldsystems

Die Vollgeld-Idee ist zweifelsohne keine Utopie und durchsetzbar. Die Schweizer Vollgeld-Initiative [Verein Monetäre Modernisierung 2013] will dies mit einem Referendum im Jahr 2018 beweisen. Die Durchsetzung der Vollgeld-Idee und der damit verbundenen Veränderung des aktuellen Geldsystems bedarf lediglich der Änderung bestehender Gesetze. Diese Gesetzesänderung ist möglich, wenn die demokratische Mehrheit dazubereit ist. Die Meinung der demokratischen Mehrheit muss sich nicht unbedingt mit der Meinung der wissenschaftlichen Theorien zugewandten Bürgern decken.

⁵ Zum aktuellen Verhältnis von Buch- zu Bargeld vgl. Tabelle 1 im Anhang.

Die Beschaffung der demokratischen Mehrheit ist von der Überzeugungsleistung der Vollgeld-Vertreter abhängig. Sie müssen die Bürger bzw. die Wähler und den Gesetzgeber von ihrer Idee überzeugen. Aber auch die Kritiker der Vollgeld-Idee sollten das demokratische Instrumentarium nutzen, um ihre Gegenmeinung durchzusetzen.

6. Schlussbemerkungen

Die Vollgeld-Idee fordert einen Teilbereich, den Bereich zwischen der Zentralbank und den Kreditinstituten, aktueller Geldsysteme zu verändern. Eine Verbesserung der Geldtheorie und -politik bzw. der Geldmengensteuerung liegt dieser Idee nicht zu Grunde. Die Vollgeld-Idee ist als Reaktion auf die weltweite Krise der Kreditinstitute und die notwendigen staatlichen Hilfsmaßnahmen einzustufen. Die in der Literatur dargestellten Argumente für und gegen die Vollgeld-Idee wurden hier nicht noch einmal umfassend vorgetragen.⁶

Gegen die Umsetzung der Vollgeld-Idee sprechen der falsche Ansatzpunkt für Verbesserungen des Geldsystems, die nicht angestrebten Verbesserungen der Geldtheorie und -politik und die nicht vorhandene Steigerung des Zielbeitrags zu allen oben genannten Zielen eines Geldsystems.

Der Ansatzpunkt für Verbesserungen im Umgang mit Geld ergibt sich aus den drei Funktionen des Geldes. Die ersten beiden Funktionen (Recheneinheits- und Zahlungsmittelfunktion) sind mit der gesetzlichen Einführung einer Währung als offizielles Geld quasi automatisch und zu hundert Prozent gegeben. Anders ist es mit der dritten Geldfunktion, der Wertaufbewahrungsfunktion. Diese Funktion ist nicht automatisch gegeben. Sie muss durch die Geldpolitik mittels Geldmengensteuerung und Zinsfestlegung von der Zentralbank gesichert werden. Eine hundertprozentige Sicherung der Wertaufbewahrungsfunktion bzw. der Geldwertstabilität ist nur möglich, wenn die gesamte Wirtschaft im Gleichgewicht ist oder die dritte Funktion des Geldes abgeschafft wird.

Die Schwächen der aktuellen Geldtheorie und -politik, die aus einem Mix von monetaristischer Geldmengensteuerung (Friedman) und von Keynes vertretener Zinssteuerung besteht, könnten durch die Vollgeld-Idee reduziert werden. Die Geldmengensteuerung erhielte wieder mehr Gewicht. Es lässt sich aber auch aus den Schwächen und den Vorteilen der beiden geldtheoretischen Ansätze ein neuer Ansatz ableiten, der ein Mix ergibt, das als erfolgsversprechender einzustufen ist, als die bisherige Geldpolitik [Witte 2015: 108-127]. Der neue Ansatz der Geld- und Währungstheorie basiert auf Veränderungen und Zusammenführung der Fisherschen Tauschgleichung bzw. ihrer modernen Varianten sowie der von Keynes aufgestellten Gleichungen.

⁶ www.vollgeld.de/kritik und [gegenkritik](http://www.vollgeld.de/gegenkritik) [abgerufen am 26.09.2017].

Eine Steigerung des Zielbeitrags zu einem Ziel eines Geldsystems ist durch die Vollgeld-Idee durchaus zu erkennen. Die Geldmengensteuerung würde in einem Voll-Reservesystem erfolgreicher. Die Zentralbank könnte die Geldmengen wieder direkter steuern und die indirekte Steuerung über den Zins reduzieren. Dies entspricht den Erkenntnissen von Friedman, der die von Keynes propagierte Zinssteuerung aufgrund von „time-lags“ als zu spät (prozyklisch) wirkend identifiziert. Angesichts dieser Erkenntnisse wäre es sinnvoller, das Geldsystem noch mehr auf eine direkte Geldmengensteuerung auszulegen. Die Effektivität und die Effizienz des Geldsystems könnten gesteigert werden.

Literaturverzeichnis

- Friedman M., 1965, A Program for Monetary Stability, in: *Readings in Financial Institutions*, eds. M.D. Ketchum, L.T./Kendall, Boston.
- Friedman M., Schwartz A., 1963, *A Monetary History of the United States, 1867-1960*, Princeton, N.J.
- Friedman M., 1961, The Lag in Effect of Monetary Policy, *The Journal Political Economy*, 69, S. 447-466.
- Gesetz über die Deutsche Bundesbank (BbankG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1782), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2959) geändert worden ist [abgerufen am 15.06.2017].
- Keynes J.M., 2009, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 11. Aufl., Berlin.
- Münzgesetz (MünzG) vom 16. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2402).
- Verein Monetäre Modernisierung (Hg.), 2013, *Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können*, Solothurn.
- Witte H., 2015, *Ist der Euro sicher? Ansatz einer neuen Geld- und Währungspolitik*, Berlin.
www.sachverständigenrat-wirtschaft.de/zr_deutschland.html [abgerufen am 15.06.2017].
www.vollgeld.de/kritik und [gegenkritik](http://www.vollgeld.de/gegenkritik) [abgerufen am 26.09.2017].

The Idea of Full-Money

Abstract. *The article describes the idea of full-money, which is seen as a necessary measure to increase the security of the current money system. The concept is being discussed in Switzerland and is going to be put to the vote in a referendum in 2018 to determine how much political support there is for its implementation. The concept of full-money is also known as the full-reserve-system because it is assumed that 100 per cent of credits granted by credit institutions correspond to reserve money held in the central bank. This solution secures only one of the four parts of the money system. The amount of money available should vary more directly and be less affected by interest rate fluctuations compared to the actual money system. It has been known since the times of Friedman that a direct variation in the amount of money is a more effective way of controlling an economy. The full-money-idea is not based on a new monetary theory but merely provides more incentives to reach one of the objectives of the money system (monetary policy).*

Keywords: *full money, monetary theory, monetary policy, money amount control, money value stability, monetary system*

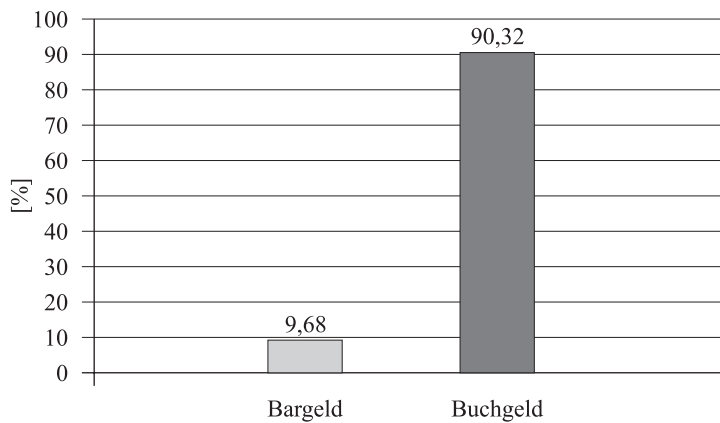
Anhang

Tabelle 1. Buch- und Bargeldmenge im Geldsystem der Eurozone in Mrd. Euro und Anteil Buchgeld an der Geldmenge M_3 in % (2005-2015)

Jahr	Geldmenge M_3	Bargeld	Buchgeld	Anteil Buchgeld in %
2005	7.130,7	532,7	6.598,0	92,25
2006	7.801,7	592,1	7.209,6	92,24
2007	8.691,4	638,6	8.052,8	92,65
2008	9.423,8	722,7	8.701,1	92,23
2009	9.382,2	769,9	8.612,3	91,79
2010	9.320,8	808,6	8.512,2	91,32
2011	9.535,0	857,5	8.677,5	91,01
2012	9.808,0	876,8	8.931,2	91,06
2013	9.849,5	921,2	8.928,3	90,64
2014	10.312,8	980,6	9.332,2	90,49
2015	10.836,8	1.048,9	9.787,9	90,32

Quelle: eigene Berechnungen nach www.sachverständigenrat-wirtschaft [abgerufen am 15.06.2017].

Abb. 2. Graphische Darstellung des Verhältnisses von Buch- zu Bargeld in der Eurozone im Jahr 2015 (in %)



Quelle: Tabelle 1.